Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1002, 3248, 3394.

Preis für die Angelegenheit Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 292. Sonntag, 22. Juni 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Das Reichsministerium Bauer.

Das neue Kabinett.

Drahtmeldung.

Weimar, 21. Juni.

Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident des Reichsministeriums: Bauer,
Reichsminister des Auswärtigen: Hermann Müller,
Inneres: Dr. David,
Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Erzberger,
Reichswirtschaftsminister: Wissell,
Reichsarbeitsminister: Schlicke,
Reichsschatzminister: Mayer-Kaufbeuren,
Reichspostminister: Giesberts,
Reichsverkehrsminister und weiter betraut mit der Führung des Reichskolonialamts: Bell,
Reichswehrminister: Noske,
Reichsernährungsminister: Schmidt,
Reichsjustizminister: bleibt offen.

* * *

Die Basis des neuen Kabinetts ist schmaler geworden, als man wünschte, aber sie ist auch so geeignet, die erste Zweckbestimmung, die parlamentarische Mehrheit, für das Fassen des großen Entschlusses zu gewährleisten. Mehrheitssozialdemokraten und Zentrum zusammen machen etwa fünf Achtel der 421 Abgeordneten der Nationalversammlung aus. Wenn auch einzelne aus diesen Parteien von ihrem Gewissen gezwungen werden, sich der Abstimmung zu entsalten, so wird die wohl schon feststehende Mehrheit verstärkt durch die 22 Stimmen der Unabh. Sozialdemokratie immer — und unter der Voraussetzung, daß vom Fraktionszwang abgesehen wird — durch die der demokratischen Dissidenten, deren Zahl stündlich schwankt, die man aber als zwischen 6 und 15 liegend veranschlagen kann. Der Verzicht auf den Fraktionszwang hätte so eine gewisse ausgleichende Wirkung, und dafür besteht die Aussicht, daß man in dieser schwersten Schicksalsstunde den Parlamentarismus, die im Gegensatz zu ihrer Partei stehen, die Härte erspart, gegen das eigene Urteil stimmen zu müssen.

Das neue Kabinett charakterisiert sich nach den Einzelpersönlichkeiten, die man in ihm findet, nicht nur als zur Vollziehung der politischen Kapitulation bestimmt, zusammengesetzt aus Arbeitern im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern darüber hinaus als ein Arbeitsministerium. Der Ministerpräsident Bauer, ein Gewerkschaftsmann, in seiner Partei von großem Ansehen und maßgebendem Einfluß, vertraut mit den Problemen der Sozialversicherung und des Schlichtungswesens, ist zu scharfer und klarer Stellungnahme in der inneren Politik vorausbestimmt. Die Besetzung des auswärtigen Ressorts nicht mit einem Karriere-Diplomaten, sondern mit einem Parteimann und Parlamentarier könnte zunächst in Erstaunen setzen, aber einmal entspricht diese Auswahl der neuen parlamentarischen Richtung, anderseits hat Hermann Müller die besten Beziehungen zu den Auslandssozialisten, besonders zu den holländischen und französischen und verfügt infolge besonderen Interesses für die auswärtige Politik über große Material- und Sprachkenntnis, ein Grund deren er im Parteivorstand die Fragen, die zum Ausbruch des Krieges führten, propagandistisch vorbereitet hat. Dem parlamentarischen Staatssekretär für Aeußeres will man einen besonderen Unterstaatssekretär zur Seite geben, der wahrscheinlich auch den Titel eines Staatssekretärs führen wird. Geplant ist eine Reform der gesamten Organisation des Auswärtigen Amts, zu der in den sechs Monaten seit der Revolution Zeit und Ruhe fehlten. Es ist daher wahrscheinlich, daß dieser neue Staatssekretär für Aeußeres kein Mann mit politischer Note, sondern vielmehr ein im Dienst erfahrener Kenner der Arbeitsverhältnisse des inneramtlichen und des äußeren diplomatischen Betriebes sein wird. Auch die neueingetretenen Mitglieder Mayer-Kaufbeuren und Schlicke sind in sozialen Fragen und im parlamentarischen Leben durchaus versierte Männer, Schlicke als Leiter der größten Gewerkschaft der Welt, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Mayer als Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion, des früheren Reichstags und der Nationalversammlung.

Die Zusammensetzung des Kabinetts beweist das Bestreben von Regierung und Volk, auf und aus Ruinen neu aufzubauen, durch Arbeit die Volkswohlfahrt zu gewährleisten innerhalb der engen Grenzen, die das Schicksal dem einst mächtigen und stolzen Reiche gelassen hat!

(Siehe auch Seite 3.)

Der Beschluß der Demokratischen Partei.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Weimar, 21. Juni.

Die Fraktion der Deutsch-demokratischen Partei hat einmütig folgende Erklärung beschlossen:

Die Fraktion der deutsch-demokratischen Partei hält den uns aufgezwungenen Gewaltfrieden für das größte Unglück, das unser Vaterland treffen konnte. Sie ist überzeugt, daß ein besserer Frieden hätte erreicht werden können, wenn die Regierung das Unannehmbare den Feinden gegenüber mit innerer Geschlossenheit und folgerichtig vertreten hätte. Wir fühlen das furchtbar Schwere der Entscheidung. Dieser Friede ist nach der einmütigen Ueberzeugung der Fraktion unerträglich und unerfüllbar. Er ist und bleibt nach der Ansicht ihrer übergroßen Mehrheit unannehmbar. Dennoch scheiden wir aus der Regierung, und es kann bei dieser Sachlage kein Mitglied unserer Fraktion in die neue Regierung eintreten. Die neue Koalition hat ihre dringendste Aufgabe erfüllt. Sie hat in den gefahrvollen Monaten nach dem Zusammenbruch der Regierung wie der Volksvertretung überhaupt erst die Arbeitsmöglichkeit im Innern und die Verhandlungsfreiheit nach außen gegeben. Sie hat das Verfassungswerk bis zum sicheren Abschluß geführt. Sie hat die Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern geschaffen.

Die weiteren Aufgaben, die sich die bisherige Regierungsmehrheit gestellt hat, werden wir fördern. Zur Mitarbeit im Rahmen unserer Grundsätze sind wir auch in Zukunft bereit. Opposition schlechthin liegt uns fern. Dem Aufbau des neuen Deutschland, der durch diesen Frieden unendlich erschwert wird, soll unsere ganze Kraft gehören. Nach wie vor sehen wir die einzige Grundlage für die Wiedererstarkung Deutschlands in einer Demokratisierung, deren sozialer Geist allen Volksangehörigen das Bewußtsein auf Gleichheit und Zugehörigkeit zu geben vermag. In diesem Geiste erstreben wir vor allem die Neubelebung der nationalen Würde und Geltung, die politische und soziale Gleichberechtigung, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses.

Vor der Entscheidung der Nationalversammlung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Weimar, 21. Juni.

Die für Sonntag nachmittag 3 Uhr angesetzte Plenarsitzung findet auf Wunsch der Regierung bereits um 12 Uhr mittags statt.

In der Sitzung wird der neue Ministerpräsident Bauer das neugebildete Kabinett vorstellen und dann die Stellungnahme der Regierung zur Friedensfrage präzisieren. Es wird dann über ein Vertrauensvotum für die Regierung abzustimmen sein. Der Initiative des Hauses bleibt es überlassen, ob außerdem noch direkt Stellung genommen werden soll zu der Friedensfrage. Ministerpräsident Bauer wird in seiner Rede die Note bekannt geben, die die Regierung als Antwort an die Entente zu richten gedenkt. Der Wortlaut dieser Note ist bisher noch nicht festgelegt, sondern wurde abends vom Kabinett noch beraten. Die Note wird die Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit bestimmten Zusätzen enthalten. Die Note wird nach der Sitzung, falls das Haus dem Vertrauensvotum zustimmt, nach Versailles an die Entente abgesandt werden.

Soweit sich bisher schätzen läßt, wird sich eine Mehrheit von etwa 20 Stimmen für die Unterzeichnung des Friedensvertrages in der Nationalversammlung ergeben. Sie setzt sich aus der Mehrheit der beiden Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie, sowie den demokratischen Dissidenten zusammen. Hinzu kommt die Stimmenzahl der Unabhängigen, die für die Unterzeichnung sind, von denen aber noch nicht feststeht, ob sie sich auch der modifizierten Note der Regierung anschließen. Nur so viel ist sicher, daß sie gegen das Vertrauensvotum für die Regierung stimmen werden. Die Mehrheit wird dadurch noch eine Vergrößerung erfahren, daß sich von den Gegnern der Unterzeichnung eine Reihe Abgeordneter der Stimmenthaltung wird, so die Mitglieder der Sozialdemokratie, die gegen die Unterzeichnung sind. (Siehe die Erklärung dieser Abgeordneten.) Ferner hat die demokratische Fraktion Stimmenthaltung beschlossen. So wird sich also, wenn nicht neue Schwierigkeiten eintreten sollten, eine bedeutende Mehrheit für die Unterzeichnung ergeben.

Die Sitzung des Friedensausschusses.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

W. Weimar, 21. Juni.

Die auf 6 Uhr angesetzte Sitzung des Friedensausschusses wurde vom Präsidenten Fehrenbach eröffnet. Reichsminister Erzberger machte zunächst Mitteilungen über die erfolgte Bildung des Kabinetts, das sich morgen dem Plenum vorstellen würde. In der heutigen Sitzung könne die neugebildete Regierung keine Stellung zur Lage nehmen.

Vom Abg. Haußmann wird mitgeteilt, daß die Deutsch-Demokratische Partei für die Haltung der Regierung die Verantwortung nicht mehr tragen wolle und deshalb ihre Mitglieder aus dem Kabinett zurückgezogen habe. Einige Redner der Rechten kritisierten scharf die Behandlung des Friedensausschusses und der Nationalversammlung und verlangten, daß die Regierung nicht erst in der Stunde der Entscheidung, sondern vorher den Volksvertretern sagen solle, was sie will, damit die Fraktionen in der Lage seien, auf Grund der erhaltenen Informationen Stellung zu nehmen. Demgegenüber wiesen die Reichsminister Müller und Erzberger darauf hin, daß die Regierung vor einer so zahlreichen Zuhörerschaft nicht in der Lage sei, sich zu äußern. Nunmehr entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über einen Antrag Schulz-Ostpreußen, eine vertrauliche Sitzung nur für die Mitglieder des Friedensausschusses anzusetzen. Diesem Antrag wurde zugestimmt und die vertrauliche Sitzung auf heute abend 8 Uhr anberaumt.

Bauers Programm.

Der neue Ministerpräsident sagte dem Weimarer Vertreter der „B. P. N." kurz nach seiner Berufung:

„Ich bin ein ehrlicher Gegner des Gewaltfriedens und habe mein verantwortungsvolles Amt lediglich aus Rücksicht auf das deutsche Volk und besonders auf die deutschen Arbeiter übernommen. Wir werden bestrebt sein, den Frieden ehrlich zu halten, Mißtrauen und Haß zu beseitigen und eine freundschaftliche Verständigung mit den Arbeitern aller Länder zu suchen, weil nur durch internationale Aktion und Besonnung die allgemeine Bedrängnis und Verelendung des Proletariats der ganzen Welt zu mildern ist.

Die innere Politik wird in ihren Grundzügen die interfraktionell unter Wahrung des Einflusses der stärksten Partei, nämlich der Sozialdemokratie, festgelegt sind, unverändert bleiben. Die Ausführung dieses Programms wird jetzt, da die Bahn frei ist und wir mit der wirklichen Arbeit beginnen können, in beschleunigtem Tempo erfolgen."

Die sozialdemokratischen Unterzeichnungsgegner.

Drahtmeldung.

Weimar, 21. Juni.

Die unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung haben folgende Erklärung erlassen:

Wir unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der verfassungsgebenden Nationalversammlung sind, wie die Gesamtheit der Fraktion übereugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse sowie dem Weltfrieden schädlich ist.

Wir sind für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie auf der Durchsetzung der Bedingungen bestehen, in die Notwendigkeit zu versetzen, ihn selbst durchzuführen und sich dadurch am wirksamsten von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von uns geforderten Bekenntnisse und Leistungen zu überzeugen.

Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschluß der Mehrheit maßgebend sind, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei davon absehen, in der Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stimmen.

gez. Wolfgang Heine, Max Quarck, Adolf Braun, Georg Schöpflin, Voigt, Antonie Pfülf, Klara Bohm-Schuch, Hans Vogel, Mich. Kiert, Th. Wolff, Hoffmann (Pfalz), Fischer-Berlin, Rd. Thiele, Th. Kotzur, Otto Landsberg.

Die Reichswehr und der Friedensvertrag.

Ein Berliner Abendblatt meldet, die Truppen hätten sich an den Reichswehrminister Noske mit dem Ersuchen gewandt, der Regierung mitzuteilen, daß die Truppen bestimmt die Ablehnung des entehrenden und vernichtenden Schmach- und Gewaltfriedens erwarten. In Verbindung mit dieser Nachricht liefen in der Stadt Gerüchte um, nach denen die einzelnen Truppenteile des Korps Lüttwitz erklärt hätten, die Regierung nicht mehr stützen zu wollen, falls sie den Frieden annimmt.

Wie bereits berichtet, sind außer dem Reichswehrminister Noske in den letzten Tagen verschiedene hohe Militärs, wie z. B. General Groener, in Weimar gewesen. Es ist bestimmt anzunehmen, daß Reichswehrminister Noske, der bekanntlich auf dem Standpunkt steht, daß der Friedensvertrag anzunehmen ist, über etwaige Vorgänge bei den Truppen unterrichtet wurde und diese bei seiner Entscheidung mit in Betracht gezogen hat.

Das Gerücht, daß die Truppenteile des Freikorps Lüttwitz erklärt hätten, nicht mehr bei der Regierung stehen zu wollen, entbehrt, wie wir von zuständiger militärischer Stelle erfahren, schon deshalb der Begründung, weil das Freikorps Lüttwitz zur nicht zusammengesogen ist. Zutreffend ist dagegen, daß mehrere Truppenteile des genannten Freikorps ihrer Empörung über die schmachvolle Bedingung der Auslieferung einzelner Ehrenführer und sonstiger Angehöriger des Deutschen Reiches Ausdruck gegeben hat. In diesem Punkt empfindet jeder Deutsche mit diesen Truppen.

* * *

Die zurzeit in Weimar anwesenden Führer der Freiwilligentruppen, die Generale Groener, Maercker, von Lüttwitz, Oldershausen, ferner Admiral von Trotha hielten im Schloß Belvedere bei Weimar in Gegenwart des Reichswehrministers Noske, des Kriegsministers Reinhardt wiederum eine Besprechung der Lage ab. Dabei hat sich die Mehrzahl der erwähnten Herren für Unterzeichnung des Vertrags ausgesprochen. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat ein Schreiben gesandt, in dem er sich gegen die Unterzeichnung ausspricht.

Unterzeichnungsgegner an Graf Brockdorff-Rantzau.

Weimar, 21. Juni. Graf Brockdorff-Rantzau erhielt heute von den Handelskammern Hamburg, Bremen, Lübeck, vom Zentralverband des deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Hamburg, vom Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse und vom Verein Hamburger Exporteure Telegramme, in denen die Notwendigkeit der Ablehnung des Friedensvertrages entschlossen zum Ausdruck gebracht wird.

* * *

Das Präsidium des Reichsbürgerrats hat an den Reichspräsidenten Ebert und an den Präsidenten der Deutschen Nationalversammlung in Weimar eine Drahtung gerichtet, in der es heißt: Nach übereinstimmendem Urteil der in Berlin gehörten Sachverständigen sind die wirtschaftlichen Forderungen der Entente undurchführbar und daher unerfüllbar. Sie bedeuten die Erdrosselung des deutschen Wirtschaftslebens.

Das Ultimatum über die Schuldfrage.

Von den Herren Prof. Delbrück und Graf Montgelas erhalten wir die folgenden Darlegungen:

Das Ultimatum der Gegner vom 16. Juni beschäftigt sich mit der Denkschrift der deutschen Viererkommission über die Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch. Da die Kommission nicht versammelt ist, übernehmen es die beiden Unterzeichneten, wesentliche Fehler der gegnerischen Darlegung zu berichtigen.

1) Der Bewaffnung der deutschen Kommission wird entgegengehalten, daß Berlin erst in der „allerletzten Minute der Krisis" in Wien zur Mäßigung geraten habe. Nun sind die von uns angeführten deutschen Noten am 28. Juli, abends 11.15, ferner in der Nacht vom 29. zum 30. Juli um 2.55 und 3.0 vom Auswärtigen Amt zum Hauptpeleggraphenamt Berlin abgegangen. Als diese Noten, die der erste gegnerische Kommissionsbericht völlig verschwiegen hatte und deren mäßigender Charakter nunmehr anerkannt wird, abgesandt wurden, war es seinesweges zu spät, den allgemeinen Weltbrand zu verhüten. Sir E. Grey hat in jenen Tagen die Lage durchaus noch nicht als hoffnungslos angesehen; insbesondere hat sein Vorschlag vom 29. Juli nachmittags (Blaubuch Nr. 88), der sich mit der Auffassung in Berlin deckte und von dort nachdrücklich unterstützt wurde, einen glücklichen Ausweg aus der Krisis.

2. Aber schon früher hatte die deutsche Regierung sich bereit erklärt, zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln und hatte namentlich den von Sir E. Grey als die beste Methode bezeichneten direkten Gedankenaustausch zwischen dem österreichischen und russischen Kabinett selbst angeregt.

3. Die deutsche Kommission hat zugegeben, daß der Grund für die Verzögerung in der Antwort des Wiener Kabinetts auf den Greyschen Vorschlag vom 29. Juli nachmittag unbekannt sei, und daß hier einer der wesentlichsten, noch der Klärung bedürftenden Punkte vorliege. Statt dieses Zugeständnis sachlich zu würdigen, wird daraus die Verdächtigung gekünstelt, man könne annehmen, daß „effektive Mitteilungen oder eine vorherige Vereinbarung zwischen denen stattgefunden habe, die tatsächlich die Macht besaßen, und daß diese Mitteilungen oder dieses Abkommen anders gelautet hätten als die durch den Draht amtlich übermittelten Botschaften". Die Beweiskraft der von uns angeführten drei Depeschen ist eben so durchschlagend, daß stichhaltige Gegengründe nicht vorgebracht werden können, sondern statt dessen zu einer unbewiesenen Verdächtigung gegriffen werden muß. Wenn damit die bekannte Meldung des Grafen Szögyény vom 27. Juli gemeint sein sollte, so hat die deutsche Kommission schon in ihrem Bericht dargelegt, daß die Tatsachen, die Auffassungen des österreichisch-ungarischen Botschafters widerlegen. Näheres darüber hat einer der Unterzeichneten in dem Preußischen Jahrbüchern Band 176, S. 487 ausgeführt.

4) Nicht nur die deutsche Regierung, sondern auch die von der deutschen Regierung völlig unabhängige Kommission sieht in der russischen allgemeinen Mobilmachung die Schuld am Scheitern der Bemühungen zur Erhaltung des Friedens. Die gegnerische Replik gibt zu, daß, nachdem einmal die Mobilisation und militärische Handlungen bei einer der Großmächte entschieden worden, die gleichen Maßnahmen bei allen anderen unvermeidlich waren und daß die Chancen einer friedlichen Lösung sich von Stunde zu Stunde verminderten. Die erste Großmacht nun, die gegen eine andere Großmacht mobil machte, ist Rußland gewesen. Die gegnerische Antwort bestreitet keine der von uns über die militärischen Maßnahmen gemachten Feststellungen und gibt damit folgende Tatsachen zu:

Am 26. Juli Beginn der Kriegsvorbereitungsperiode für das ganze europäische Rußland, also an der österreichischen wie an der deutschen Front;

am 29. Juli die Teilmobilmachung der zu den Operationen gegen Oesterreich-Ungarn bestimmten 13 russischen Armeekorps (26 Feld- und 13 Reservedivisionen), was einer Vollmobilmachung gegen die Donaumonarchie, gleichtam;

am temselben 29. Juli Entschluß zur Erweiterung der russischen Teilmobilmachung zu einer allgemeinen;

am 30. Juli abends Befehl zur allgemeinen Mobilmachung.

Oesterreich-Ungarn, das zuvor nur gegen Serbien 8 Armeekorps (24 Divisionen) — eine gegenüber 400 000 Serben nicht als übermäßig zu bezeichnende Truppenmacht — mobil gemacht hatte, antwortete auf die russische Teilmobilmachung erst am 31. Juli vermittlag mit seiner Generalmobilmachung, die infolgedessen bei Oesterreich-ungarische Divisionen gegenüber 54 russischen und serbischen bereitstellte.

Es ist unverständlich, wie angesichts dieser, nicht bestrittenen Tatsachen die Behauptung wiederholt werden konnte, die früher beschlossene und früher angeordnete russische Mobilmachung sei „die unmittelbare und notwendige Folge der Mobilmachung der österreichisch-ungarischen Armee" gewesen.

5) Ebenso wenig kann die allgemeine russische Mobilmachung als „die unmittelbare und notwendige Folge der Kriegserklärung an Serbien" angesehen werden. Denn selbst wenn Rußland eine ungeäumte militärische Hilfe an Serbien für nötig hielt, so war diese, wie die angeführten Zahlen beweisen, schon durch die russische Teilmobilmachung vom 29. Juli reichlich gewährleistet.

6) Mit Befriedigung stellen wir fest, daß nicht versucht worden ist, die Angaben zu widerlegen, die von uns über die deutschen und französischen Mobilmachungsregeln gemacht worden sind und die keinen Zweifel darüber lassen, daß Deutschland sich dabei gegenüber Frankreich ständig im Nachzuge befand.

7) Als ein Fortschritt der gegnerischen Auffassung ist es zu begrüßen, daß endlich zugegeben wird, die Ursachen des Krieges seien nicht einzig und allein in der Geschichte der kritischen Tage vom Juli 1914 zu sehen. Der erste Bericht der gegnerischen Kommission hatte das völlig außer acht gelassen. Das Ultimatum schildert nun den Geist Preußens als den Geist des Angriffs und der Eroberungen. Selbst angenommen, diese sehr einseitige Auffassung wäre für die frühere Vergangenheit richtig; selbst angenommen, Preußen sei in dieser Hinsicht anders geartet gewesen als die anderen Großmächte, so ist damit schlechterdings nicht bewiesen, daß, nachdem es Preußen gelungen war, das deutsche Volk in einen Nationalstaat zu vereinigen, Preußen-Deutschland sich Ziele gesteckt habe, die geeignet waren, seine Nachbarn zu beunruhigen. Das Ultimatum behauptet, daß unser politisches System auf den Angriff eingestellt gewesen sei;